

18. Wahlperiode

Antrag

der FDP-Fraktion

Mitarbeiter schützen, Aufklärung unterstützen: Senatskanzleichef freistellen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Senatskanzleichef für die Dauer der offiziellen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Vorteilsgewährung und Vorteilsnahme freizustellen und die Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen aktiv zu unterstützen.

Begründung:

Im Rahmen der Flüchtlingskrise beauftragte der Senatskanzleichef die Firma McKinsey, einen Masterplan für die Integration der Flüchtlinge auszuarbeiten. Laut Medienberichten soll er dies ohne Abstimmung mit dem Senat aus eigenem Entschluss getan und sowohl Honorar als auch Umfang des Auftrags selber festgelegt haben. Wegen dieses Vorgangs hat die Staatsanwaltschaft Berlin ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorteilsgewährung und Vorteilsnahme eingeleitet.

Vor Gericht gilt in Deutschland die Unschuldsvermutung. Dies gilt selbstverständlich uneingeschränkt auch für den Senatskanzleichef und das laufende Ermittlungsverfahren der Berliner Staatsanwaltschaft gegen ihn.

Es liegt allerdings in der Verantwortung des Regierenden Bürgermeisters, den Senatskanzleichef für die Dauer der Ermittlungen zu schützen. Um seiner Verantwortung gegenüber seinem

Mitarbeiter gerecht zu werden ist es erforderlich, diesem die Freiräume zu gewähren, die er benötigt um sich auf seine Verteidigung zu konzentrieren, ohne einer fortgesetzten öffentlichen Debatte ausgesetzt zu sein.

Davon unabhängig hat der Senat zu gewährleisten, dass die Senatskanzlei arbeitsfähig ist und nicht durch die Ermittlungsverfahren beeinträchtigt wird. Im Interesse der Berlinerinnen und Berliner muss die Senatskanzlei die Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen unterstützen, um eine reibungslose Aufklärung sicherzustellen.

Berlin, den 06.12.2016

Sebastian Czaja
und die übrigen Mitglieder der FDP-Fraktion